



EUROPÄISCHE MOBILITÄTSWOCHE

16. bis 22. SEPTEMBER 2024

Jahresmotto: **Straßenraum gemeinsam nutzen**

Über 70 % der europäischen Bevölkerung lebt in städtischen Gebieten. Straßenraum ist inzwischen ein knappes Gut. Orte, an denen alle Menschen, Verkehrsträger und Aktivitäten ausreichend Platz haben, bieten mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Verkehrssicherheit, weniger Lärm, bessere Luft und mehr Lebensqualität. Die Gesellschaft profitiert davon, wenn Straßenraum gemeinsam genutzt wird.

Im Stadtverkehr entfallen 70 % der Verkehrstoten auf weniger geschützte Verkehrsteilnehmer*innen. Deshalb muss dieser Gruppe bei der Aufteilung des Straßenraums Priorität eingeräumt werden. Damit Menschen Wege öfter zu Fuß oder mit dem Rad zurücklegen, braucht es mehr und qualitativ hochwertige Infrastruktur sowie Verkehrsregeln, die dem Fuß- und Radverkehr Vorrang geben.

Die Behörden verfügen bereits über Instrumente, um Strategie- und Infrastrukturänderungen umzusetzen und einen dauerhaften Wandel hin zu nachhaltiger Mobilität anzustoßen. Letztlich liegt es in unserer Hand zu entscheiden, wie wir in unseren Städten leben wollen.

Lassen Sie uns gemeinsam den öffentlichen Raum verbessern!

Straßenraum gemeinsam nutzen & die Ziele der EUROPÄISCHE MOBILITÄTSWOCHE:

- Verbesserung der Lebensqualität in Städten und Förderung von Infrastruktur, bei der der Mensch im Mittelpunkt steht
- Ergänzung anderer EU-Initiativen wie REPowerEU und European Green Deal
- Schaffung optimaler Infrastrukturen, Netzwerke, Bedingungen und Destinationen für aktive Mobilität und öffentliche Verkehrsmittel, um den Umstieg auf sauberere Verkehrsträger und Verhaltensänderungen zu fördern

1. Den öffentlichen Raum anders erleben

Der öffentliche Raum gehört allen! Wir alle sollten ihn für unsere persönliche Mobilität sicher nutzen und im sozialen Miteinander genießen können.

Nachhaltige Mobilität ins Bewusstsein rücken: Werben Sie für Alternativen zum privaten Pkw und informieren Sie über andere Mobilitätsoptionen, die bestimmte Zwecke ebenso gut erfüllen, z. B. Sharing-Angebote (Fahrräder, Autos, E-Scooter usw.), Lastenfahrräder, öffentliche Verkehrsmittel und insbesondere Zufußgehen. Nachhaltige Verkehrsmittel und das Prinzip „Nutzen statt Besitzen“ reduzieren das Verkehrsaufkommen, die Abhängigkeit vom Auto und den Platzbedarf für parkende Privatfahrzeuge. Durch die Planung einer dynamischen Gehweg- und Straßenrandnutzung (Curbside Management) kann der Straßenraum für unterschiedliche Zwecke gestaltet werden.

Mit gutem Beispiel vorangehen: Beschäftigte in Verwaltungen, Amtsträger*innen und städtische Auftragnehmer sollten Anreize für eine nachhaltige und aktive Mobilität schaffen. So können sie mit gutem Beispiel vorangehen, nachhaltige Verkehrspolitik in der Praxis erlebbar machen und das Bewusstsein für die Dringlichkeit einer qualitativ hochwertigen Infrastruktur schärfen. Außerdem sollten kommunale Flotten und der öffentliche Nahverkehr ausreichend Mittel für die Umrüstung auf sauberere und effizientere Fahrzeuge erhalten.

Schützen und respektieren: Kampagnen, die Raumplanung und Vorschriften sollten dazu beitragen, dass besonders gefährdete Gruppen wie Kinder, Menschen mit eingeschränkter Mobilität und Menschen, die zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs sind, respektiert werden.

Den öffentlichen Raum an die Prioritäten der Zukunft anpassen: Zu allen großen und kleinen Städten gehört seit jeher auch öffentlicher Raum. Wir können ihn weiterentwickeln und auf die Belange nachhaltiger, aktiver und integrativer Mobilität ausrichten.



Vorfahrt: Die Rechte aller Menschen, auch derjenigen, die aktiv mobil oder mobilitätseingeschränkt sind, oder anderer besonders gefährdeter Gruppen, sind nicht verhandelbar. Der Straßenraum sollte fair verteilt werden, insbesondere mit Blick auf die Zufußgehenden und Menschen mit eingeschränkter Mobilität.

Mitgestaltung: Mitgestaltung bedeutet, die Menschen vor Ort, Interessengruppen und die Öffentlichkeit einzubeziehen und am Prozess mitwirken zu lassen. Am besten von Anfang an. Gespräche mit der Nachbarschaft über die Zusammenhänge und ihre Wünsche fördern das Engagement. Man lernt verschiedene Perspektiven, Ideen und potenzielle Hindernisse kennen und verbessert die Akzeptanz.

Wiedereinführung von "Dritten Orten": Dritte Orte, wie Parks, Gemeindezentren, Kneipen und Cafés, sind ansprechende und kostengünstige soziale Treffpunkte außerhalb des Familien- und Arbeitslebens. Solche Orte im öffentlichen Raum werden für Lebensqualität und psychisches Wohlbefinden immer wichtiger.

3. Straßen an Schulen: Sicheres Umfeld für aktive Mobilität schaffen

Die Gestaltung sicherer Straßen an Schulen verbessert nicht nur die Sicherheit unserer Kinder, sondern unterstützt auch den Generationenwandel hin zu einer sichereren aktiven Mobilität.

Verkehr von Schulen fernhalten: Stadt- und Schulverwaltung sollten gemeinsam überlegen, wie sie den Zugang für alle, die zu Fuß, mit dem Rad oder öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind, verbessern können. Es gilt, motorisierten Verkehr in der Nähe von Schulen zu vermeiden.

Austausch über gute Beispiele: Es gibt viele gute Ansätze für die Gestaltung von sicheren Schulstraßen, z. B. eine landesweit einheitliche Beschilderung oder die Schaffung von Elternhaltestellen und Wegen für aktive Mobilität. Diese können, wo möglich, vor Ort nachgeahmt werden.

Eltern und Bildungseinrichtungen aufklären: Wenn viele Kinder mit dem Auto gebracht und abgeholt werden, entsteht Verkehrschaos. Gespräche mit Eltern können helfen, Verkehrsbelastungen an Schulen zu vermeiden. Mit autofreien Zonen oder anderen gezielten Maßnahmen entsteht ein sicheres Umfeld für alle Kinder.

Bildungsarbeit: Kinder müssen lernen, wie wichtig Verkehrssicherheit ist. Deshalb sollten sichere Wege Schüler und Eltern dazu ermutigen, den Schulweg gemeinsam zu Fuß und mit dem Fahrrad zurückzulegen.

Auf Barrierefreiheit für alle achten: Bei der Gestaltung von Straßen, Kreuzungen und multimodalen Knotenpunkten sollte die Barrierefreiheit für alle, wie Familien und Menschen mit Behinderung, sichergestellt werden. Zu berücksichtigen sind Abmessungen, Nähe und Geschwindigkeit des Verkehrs sowie physische Elemente öffentlicher Verkehrsmittel (z. B. Aufzüge, Höhe von Bahnsteigen, Zugang zu Fahrzeugen usw.).

Verkehrssicherheitspolitik überarbeiten: Nehmen Sie sich Länder mit erfolgreichen Strategien zum Vorbild, in denen besonders gefährdete Verkehrsteilnehmer geschützt und öffentliche und aktive Mobilität gefördert werden. Setzen Sie entsprechende Konzepte, wenn möglich, vor Ort um.

Parkverbote durchsetzen: Verkehrsregeln müssen wirksam sein. Für die Durchsetzung der Parkvorschriften sollten angemessene Ressourcen bereitgestellt werden. Das betrifft vor allem Parkplätze sowie sichere Abstellmöglichkeiten für E-Scooter und Fahrräder - an denen jede*r gut vorbeikommt.

Straßenraum ausgewogen verteilen: Vermeiden Sie Infrastruktur, die aktive Mobilität zugunsten anderer Verkehrsträger behindert oder einengt. Dazu gehören auch Schilder, Beleuchtung, Parkplätze und Ladestationen.

Positive Maßnahmen auf Nachbarschaftsebene: Beschränken Sie wo möglich die Geschwindigkeit innerorts auf 30 km/h. Schaffen Sie sichere, vom Kraftfahrzeugverkehr getrennte Radwege. Erweitern Sie die Kapazität und die Fahrpläne öffentlicher Verkehrsmittel. Befragen Sie die Bürger*innen. Beziehen Sie bei der Entwicklung von Mobilitätsmanagementplänen lokale Vereinigungen ein.

2. Städtischen Raum gemeinsam neu gestalten

Bei der Neugestaltung des städtischen Raums sollten die Menschen vor Ort einbezogen und alle Verkehrsteilnehmer*innen und Verkehrsträger berücksichtigt werden. So kann der Straßenraum an lokale Bedürfnisse angepasst und von allen gleichberechtigt genutzt werden.

4. Sicherere Straßen planen und gestalten

Bei der Planung und Gestaltung sicherer Straßen sind alle Anwohner*innen und Verkehrsträger zu berücksichtigen. Stadtplaner*innen sollten geschult werden, um für eine ausgewogene Straßenraumaufteilung zu sorgen und besonders gefährdete Verkehrsteilnehmer*innen zu schützen. Auch bei der Erstellung von Mobilitätsmanagementplänen ist dies wichtig.